

die einst vorgab, die Bauern befreien zu wollen und sie von den Knien auf die Füße zu stellen, leben Millionen von Bauern in Chinas Zentralprovinzen nicht nur weiterhin in großer Armut, sondern auch unter der Knute selbstherrlicher Parteifunktionäre, die von den Ärmsten der Armen noch die letzten Groschen von Steuern und Abgaben unter allen möglichen Vorwänden erpressen – so lautet das vernichtende Urteil der beiden Journalisten.

Die Autoren beschreiben, wie sich einzelne Bauern und Dörfer in der Provinz Anhui gegen die erdrückende Last der Abgaben zu Wehr setzten und von örtlichen Parteifunktionären eine Minderung der Abgaben oder auch nur eine Offenlegung der örtlichen Finanzen forderten. Die kritisierten Funktionäre reagierten oft mit brutaler Gewalt. Halfen Drohungen mit Repressalien nicht, wurden Prügelkommandos ausgeschiedt. Sprecher der Bauern wurden als Unruhestifter angeklagt und verurteilt. Und fast alle Proteste endeten damit, daß sich die Lage der Bauern nur noch weiter verschlechterte.

In den Jahren von 1990 bis 2000 verfünffachte sich die Abgabenlast der Bauern, die ohnehin zu den Armen Chinas zählen. Der durchschnittliche Städter verdient nach Berechnung der Autoren sechsmal so viel wie der durchschnittliche Bauer, doch die Steuerlast der ländlichen Bevölkerung ist weitaus höher als die der Städter. Es gibt zwar Vorschriften über die Besteuerung der Bauern, und die Regierung in Peking hat mehrfach gemahnt, die Abgabenlast der Bauern zu mindern, doch werden solche Anweisungen unten ignoriert. „Der Himmel ist hoch und der Kaiser ist weit“ heißt das alte chinesische Sprichwort, mit dem die Eigenmacht der lokalen Regierungen beschrieben wird.

Die Pekinger Zentralregierung ist aber nicht unschuldig am Elend der Bauern. Sie

hat über Jahrzehnte eine Politik verfolgt, die die Bauern für die Entwicklung der Städte bezahlen läßt. Außerdem verweigert sie sich politischen Reformen, die allein bewirken könnten, daß die örtlichen Verwaltungen demokratisch überwacht werden und nicht mehr selbstherrlich die Bauern ausbeuten können.

Das Bild, das die Autoren in ihrer Reportage zeichnen, ließ die Partei und ihre Funktionäre so schlecht erscheinen, daß die chinesische Regierung sich veranlaßt sah, das Buch zu verbieten. Es kursiert aber trotzdem weiterhin; auf dem Schwarzmarkt sollen Millionen Raubkopien verkauft worden sein. Die Autoren sind trotz offizieller Mißachtung berühmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich bei ihrem ersten China-Besuch privat mit dem Autoren-Ehepaar getroffen. Seit 2006 liegt das Buch auch in deutscher Übersetzung vor.

Tatsächlich hat die durch das Buch angestoßene Debatte die Zentralregierung veranlaßt, mehr für die ländlichen Regionen zu tun. Die Landwirtschaftssteuer wurde abgeschafft und den Bauern das Schulgeld erlassen. Doch nach der Lektüre des Buches weiß man: Die lokalen Funktionäre finden immer einen Weg, die Vorschriften aus Peking zu umgehen. *Petra Kolonko*

RUNDCRANTZ, Xiao: *Rote Staatsanwältin. Meine Entscheidung gegen Korruption und Machtmißbrauch in China*. Freiburg: Herder 2007. 352 S. Gb. 19,90.

Eine der dunklen Seiten der Volksrepublik China ist ihr Justizsystem. Man weiß, daß China die meisten Todesurteile der Welt vollstreckt, daß es in China Arbeitslager gibt, in die die Polizei ohne Gerichtsverfahren einweisen kann und daß für Korruption und andere Vergehen, die keine Gewaltverbrechen sind, die Todesstrafe verhängt wer-

den kann. Die Gefängnisse sind größtenteils schrecklich, und Manfred Nowak, der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Folter, hat bei seinem ersten (und nach der Vorlage eines sehr kritischen Berichts wohl auch vorläufig letzten) Besuch in China weitreichende Anwendung von Folter festgestellt. Die Rechte der Anwälte sind stark begrenzt, und die meisten Angeklagten haben vor Gericht keine Verteidiger.

Auch im Zivilrecht wird nach 20 Jahren des „Aufbaus eines sozialistischen Rechtssystems“, nach der Erlassung von unzähligen neuen Gesetzen und der Einführung standardisierter fachlicher Ausbildung für Richter und Anwälte das Recht noch immer gebeugt, wie es die örtlichen Gegebenheiten und die Interessenlage der Einflußreichen vor Ort erfordern. Die Bittsteller, die mit ihren Eingaben nach Peking kommen, weil sie in den Gerichten vor Ort kein Recht bekommen, können ein Lied davon singen.

Zum ersten Mal gibt es jetzt eine Darstellung der chinesischen Gerichtsbarkeit nicht aus der Sicht ihrer Opfer, sondern von einer Frau, die jahrelang in der chinesischen Justiz gearbeitet hat und deren Abgründe kennt. Die Staatsanwältin Xiao Rundcrantz hat im schwedischen Exil einen packenden Bericht über ihre 14 Jahre als Anklägerin und Ermittlerin in der Volksrepublik China niedergelegt. Mit ihren Enthüllungen bricht Rundcrantz ein Tabu: Justizsachen sind Staatsgeheimnisse in China, und alle Justizbeamten sind zur Geheimhaltung verpflichtet.

Was Xiao Rundcrantz berichtet, entspricht keineswegs dem Bild des „sozialistischen rechtsstaatlichen Systems“, das die chinesische Regierung gern zeichnen will. Als Rundcrantz im Jahr 1989 ohne Studium und ohne jegliche juristische Vorbildung bei der Staatsanwaltschaft in einer chinesischen Kleinstadt angestellt wird, lernt sie

gleich die politischen Aspekte ihrer Arbeit kennen.

Sie wird zur Durchsetzung der „Ein-Kind-Politik“ abgeordnet. Mit der örtlichen Staatsanwaltschaft geht sie gegen Bauern vor, die mehr als ein Kind bekommen, nimmt ihnen als Strafe alle Tiere und sogar alle Möbel weg. Rundcrantz sieht, wie eine Frau – im siebten Monat schwanger – von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Abtreibung gezwungen wird; sie bezeugt, daß viele Bauersfrauen zwangssterilisiert wurden.

Die Autorin berichtet von brutalen Verhörmethoden. Vorzugsweise werde bei Nacht festgenommen und dann der Verdächtige mit Schlafentzug gequält, bis man ein Geständnis bekommt. Sie beschreibt, wie Häftlinge im Gefängnis Mitgefangene malträtieren und zu Tode prügeln, während die Aufseher wegschauen. Schließlich muß sie auch beim Vollzug von Exekutionen als Zeugin dabeistehen. Als sie in einem Fall mit politischen Implikationen einen Unschuldigen ins Gefängnis bringen soll, wird ihr bedeutet: „Das Recht dient der führenden Klasse, wir müssen flexibel sein.“

Während in den 80er Jahren noch die fehlenden Gesetze und die mangelnde Ausbildung der Justizbeamten für die Mängel des System verantwortlich sind, wird nach dem Bericht der Staatsanwältin in den 90er Jahren immer mehr das Geld von Bedeutung für den Ausgang der Ermittlungen und Urteile. Richter und Staatsanwälte werden mit Geschenken und Gefälligkeiten bezahlt. Urteile werden ausgetauscht. Verteidiger und Anwälte werden, so schreibt sie, von den Richtern nicht ernstgenommen. Ihre Aufgabe sei es fast nur noch, Geldgeschenke an die Richter zu überbringen, damit diese ein gnädiges Urteil fällen.

Xiao Rundcrantz beschreibt ihre Gewissensbisse und auch ihre Kapitulation vor der allgegenwärtigen Einflußnahme, die

letztlich auch sie dazu bringt, Geschenke anzunehmen und auf Richter und Urteile einzuwirken. Sie schildert auch einige Fälle, bei denen sie unter Ausnutzung von Lücken Angeklagten und Verdächtigen helfen könnte, eine Haftstrafe zu vermeiden. Denn, so schreibt sie, in den chinesischen Gefängnissen verroht man nur.

Nach ihrer Einschätzung hat sich das chinesische Justizsystem seit ihrer Ausreise nach Schweden im Jahr 1998 noch zum

Schlechteren verändert. Die Bestechungssummen seien noch höher geworden, die Ermittlungen nachlässiger. Allein schon um eine Position bei Gericht zu bekommen, müsse man heute einen leitenden Staatsanwalt mit 500000 Yuan (50000 Euro) bestechen. Das Buch gibt einen seltenen Einblick in das Verhältnis von Recht und Gerechtigkeit der Volksrepublik China – und was man sieht, ist nicht schön.

Petra Kolonko

ZU DIESEM HEFT

Seit dem Gebetstreffen von Assisi 1986 stellt sich die Frage, ob Angehörige verschiedener Religionen miteinander beten können. CHRISTIAN W. TROLL, Honorarprofessor für Islam und christlich-muslimische Begegnung an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt, sieht für Christen und Muslime eine Verpflichtung nicht nur zum Dialog, sondern auch zum Gebet gegeben.

MICHAEL HAINZ, Lehrbeauftragter für Sozialwissenschaften an der Hochschule für Philosophie München, fragt nach dem Phänomen einer Reihe von tatsächlichen wie vermeintlichen religiösen Neuaufbrüchen in Deutschland und sich daraus ergebenden Konsequenzen für die katholische Kirche.

Zusammenhänge zwischen Klimawandel und Armutsbekämpfung skizziert JOHANNES MÜLLER, Professor für Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik an der Hochschule für Philosophie München. Eine kluge Energiepolitik sowie die zukunftsorientierte Bekämpfung der Armut fordern sozial- und klimagerechtes Verhalten der gesamten Völkergemeinschaft.

BRIGITTE SCHWENS-HARRANT, Ressortleiterin „Literatur“ der österreichischen Wochenzeitung „Die Furche“, stellt den im Gegensatz zu Alexander Solschenizyn hierzulande kaum bekannten, 1982 verstorbenen russischen Schriftsteller Warlam Schalamow vor.